

Antrag der CDU-Ratsfraktion

öffentlich

Datum

19.04.2024

Nummer

A0125/24

Absender

CDU-Ratsfraktion

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

02.05.2024

Kurztitel

Kampagne zur frühkindlichen Bildung - Kita tut gut

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Kindern der Stadt Magdeburg im Alter von 3-6 Jahren eine frühzeitige Sprachförderung zu ermöglichen, indem die Elternhäuser über die positiven Auswirkungen eines regelmäßigen Besuchs einer Kindertagesstätte aufzuklären sind. Ziel ist es, an den Grundschulen unserer Stadt weniger Kinder mit explizitem Sprachförderbedarf oder mangelhaften Deutschkenntnissen einzuschulen und damit dem Trend der vergangenen Jahre entgegenzuwirken. Mithilfe einer Aufklärungskampagne und entsprechenden Beratungsangeboten in passenden Einrichtungen soll über die Bedeutung der frühkindlichen Sprachentwicklung und die damit einhergehende Notwendigkeit der Teilnahme an den Kindergartenjahren zur frühkindlich gerechten Bildungsteilhabe informiert werden. Kinder verpassen den Start in ihr (Bildungs-)Leben, wenn ihnen diese Möglichkeit verwehrt wird, teils aus Unkenntnis und/oder kulturell anders gewachsenen familiären Strukturen.

Dazu sind entsprechend folgende Maßnahmen zu planen und umzusetzen (Vorschläge, sind hier als Richtung zu sehen, können verändert oder ergänzt werden):

- Erstellung eines Konzepts zur Maßnahmenplanung und -umsetzung
- Verantwortlichkeit / Projektleitung innerhalb der Stadt personell benennen/besetzen
- Erstellung eines entsprechenden Verteilers der Netzwerke und geeigneter Informationsstellen (Kinderärzte, Logopäden, Schulsozialarbeiter, Kitaleitungen, Sozialbehörden, Kindertagesstätten, Bürgerbüros, Einwohnermeldeamt etc.)
- Planung einer Informationsveranstaltung als Auftakt
- Planung der entsprechenden Aufwände und Bereitstellung der dafür notwendigen Haushaltsmittel ab 2025 ff.

- Einbeziehung einer Kommunikationsagentur zu zielgruppengerechten Umsetzung der Maßnahmen
- Erfolgsmessung ab Start
- Regelmäßiger Bericht in den entsprechenden Ausschüssen und halbjährlich im Stadtrat ab Maßnahmenplanung

Begründung:

Kinder, überwiegend aus sozial schwächeren Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund fallen häufiger durch mangelndes Sprachverständnis und überschaubaren eigenen Wortschatz auf, wenn sie eingeschult werden. Dies liegt vornehmlich auch daran, dass diese Kinder nur unregelmäßig oder nie eine Kindertagesstätte besucht haben. Die Gründe dafür können vielseitig sein, liegen aber in vornehmlich bei den Elternhäusern. Um die Kinder mehr und regelmäßig in den 2-3 Jahren vor Schulbeginn an Kitas zu haben und sie damit auch möglichst gut auf die eigene und so prägende Grundschulzeit vorzubereiten, sollte hier mehr und nachhaltige Aufklärung und Beratung betrieben werden.

Verbindliche Sprachstandsfeststellungen in Kitas finden in Sachsen-Anhalt, und damit auch in Magdeburg, nicht mehr statt. Von 2009 bis 2013 galt die Landesverordnung zur Umsetzung der Sprachstandsfeststellung und Sprachförderung. Die bestehenden Kindertageseinrichtungen führten die Sprachstandsfeststellungen mit dem Verfahren „Delfin 4“ – Stufe 1 von Februar bis März des vorletzten Jahres vor der Einschulung durch. Die Sorgeberechtigten wurden vom Schulträger über die Verpflichtung zur Teilnahme ihrer Kinder unterrichtet. Die Erfüllung dieser Verpflichtung resultierte aus dem damaligen Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt gem. § 37 Abs. 2a Satz 1. Diese gesetzliche Regelung gilt nicht mehr. Mit Fortschreibung des Bildungsprogramms „Bildung elementar: Bildung von Anfang an“ im Jahr 2013 und verpflichtender Umsetzung für die Kindertageseinrichtungen ist Sprachbildung und Sprachförderung als ein Bildungsbereich im pädagogischen Alltag umzusetzen.

Aber diese Sprachbildung und Sprachförderung kann nur Kinder erreichen, die auch in die Kita gehen. Daher sehe ich hier den besonderen Ansatz, um das Ziel erreichen zu können.

Aus Gesprächen mit Kindergartenmitarbeiterinnen nehme ich zunehmend wahr, dass ein verpflichtendes Vorschuljahr nicht ausreichen würde, wenn das Kind erst dann beginnt, die deutsche Sprache regelmäßig zu sprechen. Daher halte ich die Maßnahme einer frühzeitigen Ansprache der Zielgruppen für sinnvoller. Es darf dabei aber nicht allein bei einem Plakat und Infomaterial bleiben. Dieses Projekt bedarf vor allem der Unterstützung und Akzeptanz der beteiligten Akteure und ein gemeinsames projektorientiertes Handeln, um das Ziel zu erreichen.

Wir werden als Stadtgesellschaft langfristig davon profitieren können. Weitere Begründung und Informationen folgen mündlich.

Stefanie Middendorf

Stadträtin der CDU-Ratsfraktion